

Das war der Gipfel

20.12. 2011

Die Medien sind sich einig, die Kanzlerin habe sich durchgesetzt, die Eurozone sei auf dem Weg zur Stabilitätsunion. Das wäre viel mehr als die Opposition in Deutschland mit ihrem vorauseilenden Angebot bei der Aufgabe von Hoheitsrechten und ihrer Zustimmung für Eurobonds und der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank je hätte erreichen können. Aber sind wir das wirklich?

Die Kanzlerin war außergewöhnlich ehrlich, als sie diese Woche im Bundestag bekannte, die Politik sei mit der immensen Staatsverschuldung der Auslöser der derzeitigen Euro-Krise¹ - nicht die „Exzesse der Märkte“, die Spekulanten oder die Rating-Agenturen. Und auch die Selbstverpflichtung der Euro-Mitgliedsländer (und anderer) zu Kontrollen und automatischen Sanktionen bei neuen ausufernden Schulden ist ein beachtlicher Erfolg. Hinterfragt werden muss er aber schon.

„Das jährliche strukturelle, also konjunkturbereinigte Staatsdefizit darf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen“² Das ist erstens mehr als die deutsche Schuldenbremse ab 2016³ vorsieht und zweitens durchaus dehnbar. Soll „konjunkturbereinigt“ bedeuten, dass Schulden für eine antizyklische Politik unberücksichtigt bleiben? Wahrscheinlich schon. Aber dann würde der größte Teil der Neuverschuldung außen vor bleiben. Reiner Selbstbetrug. Es waren gerade die ausufernden Rettungspakte der auf Wiederwahl schielenden Politiker, welche die Staatshaushalte immer wieder in Schieflage gebracht haben. Und an diesem Verhalten wird sich absehbar sicher nichts ändern.

Warum also der ganze Aufwand? Sind die für das nächste Frühjahr anvisierten Verträge nur der Ausgangspunkt für noch mehr Kompetenzübertragungen Brüssel? Das Vorziehen des ESM-Starts auf 2012⁴ spricht dafür. Auch Bundesbankpräsident Weidmann fügt seinem Lob der Beschlüsse die Warnung an, diese nun nicht zur Anlass für die Einführung von Eurobonds zu missbrauchen⁵ - hatte doch der Bundesfinanzminister diesen Zusammenhang immer wieder ins Spiel gebracht.

Es war zudem der erste EU-Gipfel, auf dem nicht alle das Ergebnis mittragen wollten. Doch warum hat der britische Premierminister Cameron die Schmach des alleinigen Spielverderbers hingenommen? „Diener der Londoner City“ und „ewiger Europa-Nörgler“ sind noch die mildesten Kommentare in den deutschen Zeitungen. Im Angesicht der britischen Entscheidung reden sich unsere Politiker Schaum vor den Mund – und entlarven sich dabei selbst.

„Ich bedaure, dass unsere britischen Freunde nicht Teil eines neuen, stabilen Europas sein wollen, sondern nur auf eigene Vorteile achten“⁶ meint Reiner Brüderle und sagt damit, dass das „neue, stabile Europa“ für GB wohl keine Vorteile bringen würde. Für Deutschland im Übrigen auch nicht. Und Martin Schulz, designierter Präsident des Europäischen Parlaments, fordert die Briten sogar zum Austritt aus der EU auf. Damit würde ein weiterer Nettozahler verschwinden. Aber Geld fällt ja für die Eurokraten vom Himmel. Noch einen drauf legt Daniel Cohen-Bendit, der von Cameron „endlich eine Volksabstimmung“ über die EU-Mitgliedschaft verlangt⁷. Auch für Deutschland? Das wäre doch mal was! Die britische Verweigerung zeigt, auf welchem dünnem Fundament Europa gebaut ist – und dass das unseren Politikern auch vollkommen klar ist.

Die Kanzlerin ist weit gegangen. Die Fragen nach den eigentlichen Konstruktionsfehlern des Euro hat sie jedoch nicht gestellt. Schulden kann man nur durch Wachstum abbauen. Aber wie soll Europa wachsen? Durch Planwirtschaft, organisiert von den Schuldenmachern – genannt Wirtschaftsregierung? Der Wegfall der Wechselkurse mindert die Exporte der Schwachen und die

¹ <http://dbtg.tv/fvid/1444373> [Video, Permalink]

² <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-gipfel-mehr-haushaltsaufsicht-fuer-26-eu-laender-11556344.html>

³ Art. 109 und 115 GG

⁴ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-gipfel-mehr-haushaltsaufsicht-fuer-26-eu-laender-11556344.html>

⁵ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bundesbankpraesident-weidmann-lobt-gipfel-beschluesse-11557487.html>

⁶ <http://www.faz.net/aktuell/politik/euro-gipfel-kauder-und-bruederle-kritisieren-grossbritannien-11557424.html>

⁷ <http://www.n-tv.de/politik/EU-Parlamentarier-schimpfen-auf-London-article4964691.html>

Importe der Starken, führt also zu Leistungsbilanzungleichgewichten. Sollen jetzt die Starken am Wachstum gehindert werden, wie das die IWF-Chefin Lagarde ernsthaft vorgeschlagen hat⁸? Und ganz grundsätzlich: Die Euro-Krise hat gezeigt, dass es zwischen den Mitgliedsländern keine gemeinsamen Grundüberzeugungen von Geldwertstabilität gibt. Das Spötteln über die deutsche Inflationsangst⁹ von EZB-Präsident Draghi ist nur ein Beleg dafür. Dass sich die EZB von ihrem Inflationsziel verabschiedet hat, ist greifbar¹⁰. Damit stellt sich die Frage, ob die EZB überhaupt für Deutschland Geldpolitik machen darf. Der Artikel 88 GG¹¹ macht dieses vorrangige Ziel zur Voraussetzung für die Übertragung von Hoheitsrechten auf die EZB.

Vertragsbrüche, Rechtsbrüche, Absichtserklärungen – all das kann der Kompromiss von Brüssel nicht heilen. Sollte er aber die Vorbereitung für ein „Voranschreiten“ auf diesem Weg sein, dann werden die Briten – und nicht nur sie – Cameron vielleicht zum Helden werden lassen.

⁸ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frankreich-kritisiert-deutschland-lagardes-logik-1.21641>

⁹ <http://blogs.hr-online.de/boersenblog/2011/12/08/inflationsziel-ade/>

¹⁰ <http://blogs.hr-online.de/boersenblog/2011/12/08/inflationsziel-ade/>

¹¹ <http://dejure.org/gesetze/GG/88.html>